

Bericht über die Kundgebung "Profite pflegen keine Menschen" in der Dachauer Altstadt am Di., 15.6. anlässlich der am Mi., 16.6. stattfindenden Gesundheitsminister\*innenkonferenz:

Am Dienstag-Nachmittag versammelten sich ca. 30 Kolleg\*innen und Passant\*innen in der Dachauer Altstadt zu der Kundgebung „Profite pflegen keine Menschen“, zu der das Bündnis *Systemrelevant & Ungeduldig - Bündnis gegen Privatisierung und für mehr Personal im Krankenhaus - Dachau* und die *Unabhängige Betriebsgruppe* am Helios Amper Klinikum Dachau aufgerufen hatten.

Anlass war die jährlich stattfindende Gesundheitsminister\*innenkonferenz, die diesmal am darauf folgenden Tag unter dem Vorsitz des bayerischen Gesundheitsministers Holetschek stattfand. In fünf Beiträgen machten unterschiedliche Redner\*innen auf die Situation in den Krankenhäusern und insbesondere am Amper Klinikum, das ja zu einem der größten deutschen privaten Klinikkonzernen gehört – dem Helios Konzern – aufmerksam.

Eine Kollege der Unabhängigen Betriebsgruppe am Amper Klinikum, der selbst Krankenpfleger ist, schilderte eindrücklich, wie die Klinikleitung die Pandemie dazu nutzte, das Klinikum umzustrukturieren, um noch mehr PatientInnen mit der gleichen oder auch teilweise geringeren Anzahl von Kolleg\*innen behandeln zu können, um noch mehr Profit aus dem Krankenhaus herausziehen zu können. Keine Ausnahme ist es mittlerweile, dass in bestimmten Stationen eine examinierte Pflegekraft für bis zu 45 PatientInnen verantwortlich ist, so wird Pflege zu einem Gesundheitsrisiko für die PatientInnen. Ganz zu schweigen, was das für die betroffene Pflegekraft bedeutet. Eine Kollegin schilderte in einem schriftlichen Bericht, der verlesen wurde, wie sie die Situation derzeit erlebt und damit umgeht. Entsprechende Gefährdungsanzeigen liegen der Klinikgeschäftsführung regelmäßig und teilweise täglich vor. Auch auf Einschüchterungsversuche von Seiten der Klinikleitung gegenüber Kolleg\*innen, die sich mit diesen Zustände nicht zufrieden geben wollen, wurde aufmerksam gemacht: So wurden einem Kollegen, der im Klinikum Flyer für die Kundgebung verteilte, ein Schreiben ins Fach gelegt, in dem er darauf hingewiesen wurde, dass Verleumdung eine Straftat sei.

Ein Grußwort der Nürnberger Kolleg\*innen aus dem outgesourcten Serviceunternehmen (KNSG) des kommunalen Klinikums in Nürnberg, die sich gerade im Kampf für die Anerkennung des Tarifvertrags des öffentlichen Dienstes (TVöD) bei KNSG befinden, kam bei den Kolleg\*innen und Passant\*innen gut an. Schilderten sie doch in kämpferischen Worten wie sie sich mit Warnstreiks, und Aktionen dafür einsetzen, dass sie zu den gleichen Bedingungen arbeiten wollen wie ihre Kolleg\*innen im Klinikum, das noch tarifgebunden ist und dass bundesweite gemeinsame Aktionen nötig sind, damit überall die gleichen Arbeitsbedingungen gelten! Ein Beispiel, das auch für die outgesourcten Kolleg\*innen der Amper Kliniken Dachau von äußerstem Interesse sein dürfte. Einen Anfang machten die Kolleg\*innen des Hol- und Bringdienstes, die Anfang des Jahres einen Corona Prämie forderten, die ihnen bislang als Beschäftigte der Tochtergesellschaften verwehrt blieb.

Auch der SPD-Bundestagsabgeordnete für den Kreis, der zu der Kundgebung gekommen war, fühlte sich aufgrund der Schilderungen angehalten, spontan eine kurze Rede zu halten, in der er sich gegen Privatisierung und persönlich für die Abschaffung des gesamten Fallpauschalensystems und einen verbindlichen gesetzlichen Personalschlüssel aussprach.

In dem Beitrag des Bündnisses *Systemrelevant & Ungeduldig* wurde nochmal deutlich gemacht, dass endlich mit der Privatisierung des ehemaligen Bereichs der öffentlichen Daseinsvorsorge und dem DRG-System, dem Grundübel der Misere im gesamten Gesundheitssystem Schluss sein muss. Die privaten Kliniken müssen wieder in die öffentliche Hand überführt werden unter Kontrolle derer, die am besten Wissen wie ein Gesundheitssystem für alle unter guten Arbeitsbedingungen aussehen kann – nämlich den Beschäftigten und Patient\*innen und die real aufkommenden Kosten bei medizinisch notwendigen Behandlungen müssen voll refinanziert werden. Klar ist, dass das nur

die Kolleg\*innen selbst gemeinsam mit der Bevölkerung durchsetzen können - in bundesweiten Streiks.

Einen Anfang nach zwei Jahren Pause im Kampf für einen Entlastungstarifvertrag, der in Dachau gescheitert ist, haben die Kolleg\*innen des kommunalen Berliner Klinik Konzerns Vivantes und an der Charité gemacht. Sie haben am 12. Mai, dem Tag der Pflegenden, dem Berliner Senat eine Petition mit der Forderung nach einer Personalmindestbesetzung auf den Stationen, die von fast 8400 Kolleg\*innen aus beiden Kliniken unterschrieben wurde, übergeben mit dem Ultimatum in 100 Tagen einen entsprechenden Entlastungstarifvertrag zu unterschreiben, ansonsten wird gestreikt! Das könnte zu einem Beispiel auch für andere Belegschaften werden, den Kampf um mehr Personal entsprechend dem Bedarf aufzunehmen.